

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 22.01.2009

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 23. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr  
am Dienstag, dem 20.01.2009,  
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 19:05 - 21:15 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**  
Frau Karen-Heide Bernard  
Herr Dr. Johannes Dittrich  
Herr Michael Oswald  
Frau Ute Wernert-Jahn

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Herr Wolfgang Bellof  
Frau Eva Janzen  
Frau Renate Schlotmann  
Herr Andreas Walldorf

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Dr. Wolfgang Deetjen  
Frau Dr. Bettina Speiser

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Harald Scherer

#### **Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:**

Herr Michael Janitzki

(in Vertretung für Stv. Beltz)

#### **Außerdem:**

Herr Johannes Zippel  
Frau Elke Koch-Michel

FW-Fraktion  
Bürgerliste Gießen

(bis 20:20 Uhr)

**Vom Magistrat:**

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(ab 19:20 Uhr)
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	

**Von der Verwaltung:**

Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	(bis 20:20 Uhr)
Herr Hans Dettling	Leiter des Stadtplanungsamtes	(bis 20:50 Uhr)
Herr Dr. Holger Hölscher	Stadtplanungsamt	(bis 20:50 Uhr)
Frau Petra Cremer	Stadtplanungsamt	(bis 20:50 Uhr)
Herr Dr. Manfred Richter	Stadtplanungsamt	(bis 20:20 Uhr)

**Vom Ausländerbeirat:**

Herr Ismet Lozic		(ab 20:23 Uhr)
------------------	--	----------------

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Herr Dieter Knoth	Büroleiter	(bis 20:20 Uhr)
Frau Andrea Allamode	Schritfführerin	

**Gäste/Sachverständige:**

Herr Kreisel	HA Stadtentwicklungsgesellschaft mbH	(bis 20:20 Uhr)
--------------	--------------------------------------	-----------------

**Entschuldigt:**

Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion	
--------------------	--------------------	--

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

**Stv. Zippel** beantragt, den FW-Prüfantrag für ein neues Konzept Großgewerbefläche Gieß-Lützellinden (STV/2195/2009) - TOP 10 - in der Beratung vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 2 - Information des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung zur künftigen Entwicklungsstrategie für die gewerbliche Großfläche Gießen-Lützellinden, Antrag des Magistrats vom 08.01.2009, STV/2017/2008 - als „neuen“ TOP 3 zu behandeln. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, kritisiert, dass sowohl die Unterlagen zu TOP 2 als auch die Unterlagen zu TOP 8 - Zweite Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung, Antrag des Magistrats vom 07.01.2009, STV/2180/2009 - erst heute als Tischvorlagen vorliegen und nicht, wie die anderen Unterlagen auch, bereits mit der Tagesordnung verschickt wurden. Eine Beratung und Diskussion der Vorlagen könne daher nicht stattfinden.

**Stadtrat Rausch** schlägt vor, dass Herr Kreisel - Mitarbeiter der HA Stadtentwicklungsgesellschaft mbH - zumindest die Informationen des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung zur künftigen Entwicklungsstrategie für die gewerbliche Großfläche Gießen-Lützellinden geben solle. Die endgültige Beratung und Abstimmung könne dann in der Sitzung des HFWR-Ausschusses am Montag erfolgen. Gleiches gelte für die Stellplatzsatzung.

**Stv. Bellof**, SPD-Fraktion, greift den Vorschlag von Stadtrat Rausch auf und **beantragt** die Verweisung der Tagesordnungspunkte 2 und 8 zur Beratung in den HFWR-Ausschuss.

**Stv. Koch-Michel**, BLG, beantragt, die Vorlage 2 - STV/2017/2008 - in der Beratung eine Sitzungsrunde zurückzustellen, damit der Ortsbeirat Lützellinden Gelegenheit bekomme, sich mit der Thematik zu befassen.

So dann lässt **Vorsitzende** über die beiden Geschäftsordnungsanträge abstimmen:

- Der Antrag der Stv. Koch-Michel, die Vorlage STV/2017/2008 bis zur nächsten Sitzungsrunde zurück zu stellen, wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Dem Antrag des Stv. Bellof, die Tagesordnungspunkte 2 und 8 an den HFWR-Ausschuss zu verweisen, wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Information des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung zur künftigen Entwicklungsstrategie für die gewerbliche Großfläche Gießen-Lützellinden  
- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 - STV/2017/2008
3. Prüfantrag für ein neues Konzept Großgewerbefläche Gießen-Lützellinden  
- Antrag der FW-Fraktion vom 12.01.2009 - STV/2195/2009
4. Bebauungsplan GI 04/24 "Veterinärklinik";  
**hier:** Entwurfsbeschluss für den Teilplan I und Offenlegung  
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2008 - STV/1928/2008

5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/29 "An der Alten Post";  
**hier:** Einleitungsbeschluss  
- Antrag des Magistrats vom 12.01.2009 - STV/2039/2008
6. Aufstellung des Bebauungsplans SCH 08/01 "Erweiterung Bieber";  
**hier:** 1. Entwurfsbeschluss  
2. Durchführung der Offenlegung  
- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 - STV/2176/2008
7. Aufstellung des Bebauungsplans GI 03/11 "Professoreneck-Mitte";  
**hier:** Satzungsbeschluss  
- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 - STV/2177/2008
8. Bebauungsplan GI 03/12 "Oberlachweg";  
**hier:** Einleitungsbeschluss  
- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 - STV/2181/2009
9. Zweite Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung  
- Antrag des Magistrats vom 07.01.2009 - STV/2180/2009
10. Kombiniertes Fuß- und Radweg entlang des US-Depots an der Rödgener Straße  
- Antrag der FW-Fraktion vom 08.01.2009 - STV/2193/2009
11. Ulenspiegel - rechtzeitige Information bei erneuter Verkaufsabsicht  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 - STV/2198/2009
12. Berichts Antrag zu den Abfallgebühren der Stadt Gießen  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 - STV/2199/2009
13. Berichts Antrag zum neuen Rathaus  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 - STV/2201/2009
14. Barrierefreie Umbaumaßnahmen an bestehenden öffentlichen Gebäuden  
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 09.01.2009 - STV/2202/2009
15. Verschiedenes

## Abwicklung der Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

#### 1. Bürger/-innenfragestunde

---

Es liegen keine Fragen vor.

#### 2. Information des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung zur künftigen Entwicklungsstrategie für die gewerbliche Großfläche Gießen-Lützellinden - Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 - STV/2017/2008

---

##### **Antrag:**

- „1. Der empfohlenen Handlungsstrategie für die Entwicklung der gewerblichen Großfläche mit einer ersten Ausbaustufe von ca. 25 ha Größe - in Gegenlage der Autobahnanschlussstelle Gießen-Lützellinden - wird zugestimmt.
2. Die einleitenden Planungsschritte einschließlich der bodenordnungsrechtlichen Verfahrensdurchführung werden zunächst in der hoheitlichen Eigenverantwortung der Universitätsstadt Gießen in Angriff genommen.“

##### **Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.**

Anhand einer Powerpoint-Präsentation (Anlage) erläutert **Herr Kreisel** - Mitarbeiter der HA Stadtentwicklungsgesellschaft mbH - die zukünftige Entwicklung für die gewerbliche Großfläche Gießen-Lützellinden. Unter anderem führt er aus, dass es im Raum Gießen ein Überangebot an Gewerbeflächen gebe. Der Hauptgrund für die Großfläche Lützellinden, dort ein Industriegebiet für den überörtlichen Bedarf vorzuhalten, sei somit entfallen. Die Stadtentwicklungsgesellschaft habe der Stadt Gießen empfohlen, die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, die in Konfliktfällen eine Enteignung von Grundstückseigentümern ermöglicht hätte, zu beenden und auf eine „stufenweise“ und „bedarfsgerechte“ Entwicklung aus dem Lützellindener Flächenpool zu setzen.

**Stadtrat Rausch** erklärt, die Stadt Gießen wolle das bisher für die Großfläche eingesetzte Kapital in der Form nutzen, dass bereits angekaufte Grundstücke im Wege eines Umlegungsverfahrens gesammelt und auf besagter Fläche an der Landesstraße gen Rechtenbach zu einer neuen Gewerbefläche zusammengeschlossen werden. Dieses Gebiet soll durch einen normalen Bebauungsplan entwickelt, aber erst dann erschlossen und vermarktet werden, wenn die Rechtenbacher Hohl besiedelt ist. Beide Gebiete verfügen zusammen über eine Gesamfläche von über 50 Hektar.

**Stv. Zippel** begründet kurz den vorliegenden Antrag der FW-Fraktion, STV/2195/2009, und merkt an, dass sich seine Fraktion nun darin bestätigt sehe, dass sich die Rahmenbedingungen drastisch verändert haben. Die Stadt Gießen könne auf die Großfläche verzichten.

**Stv. Janzen** schlägt vor, den Antrag der FW-Fraktion wie folgt zu ergänzen:

*„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, **ob und wie** durch ein neues Konzept die bisher für ein Großgewerbe vorgesehene Fläche in Gießen-Lützellinden so verändert werden kann, dass dies einerseits den berechtigten Interessen der Lützellindener gerecht wird, andererseits die Möglichkeit beinhaltet, die bisher ausgewiesenen Gewerbeflächen südlich der L 3054 auch nördlich der L 3054 bei Bedarf zu erweitern. Dabei soll von einem Großinvestor Abstand genommen werden, und durch eine deutliche Verkleinerung der bisher vorgesehenen Fläche die Ansiedlung von kleinflächigen Gewerbeansiedlungen ermöglicht werden.“*

**Stv. Zippel**, FW-Fraktion, übernimmt die vorgeschlagene Änderung.

Auf Nachfrage der Stv. Koch-Michel antwortet **Stadtrat Rausch**, dass die Großfläche im Regionalplan Mittelhessen verankert bleibe. Als Oberzentrum wolle man diese Position „nicht schlagartig räumen“. Zudem werde das beim Hess. Verwaltungsgerichtshof anhängige Klageverfahren gegen das Lindener Gewerbeflächenprojekt Pfaffenpfad weiter betrieben.

Weitere Fragen der Stv. Janitzki, Scherer, Janzen, Koch-Michel und Bellof werden von Herrn Kreisel, Herrn Dettling und Stadtrat Rausch beantwortet.

**Beratungsergebnis:** Keine Abstimmung - verwiesen an den HFWR-Ausschuss.

**3. Prüfantrag für ein neues Konzept Großgewerbefläche Gi- Lützellinden** **STV/2195/2009**  
**- Antrag der FW-Fraktion vom 12.01.2009 -**

---

**Antrag:**

*„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen wie durch ein neues Konzept die bisher für ein Großgewerbe vorgesehene Fläche in Gießen-Lützellinden so verändert werden kann, dass dies einerseits den berechtigten Interessen der Lützellindener gerecht wird, andererseits die Möglichkeit beinhaltet, die bisher ausgewiesenen Gewerbeflächen südlich der L 3054 auch nördlich der L 3054 bei Bedarf zu erweitern. Dabei soll von einem Großinvestor Abstand genommen werden, und durch eine deutliche Verkleinerung der bisher vorgesehenen Fläche die Ansiedlung von kleinflächigen Gewerbeansiedlungen ermöglicht werden.“*

**Beratungsergebnis:** Keine Abstimmung - verwiesen an den HFWR-Ausschuss.

**4. Bebauungsplan GI 04/24 "Veterinärklinik"; STV/1928/2008**  
**hier: Entwurfsbeschluss für den Teilplan I und Offenlegung**  
**- Antrag des Magistrats vom 18.12.2008 -**

---

**Antrag:**

- „1. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan GI 04/24 „Veterinärklinik I“ sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess.Bauordnung HBO) werden mit seinem gegenüber dem Einleitungsbeschluss reduzierten Plangeltungsbereich als Entwurf beschlossen. Die Begründung zum Planentwurf wird beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie parallel die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

**Stadtrat Rausch** erläutert den vorliegenden Bebauungsplan.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/29 "An der Alten Post"; STV/2039/2008**  
**hier: Einleitungsbeschluss**  
**- Antrag des Magistrats vom 12.01.2009 -**

---

**Antrag:**

- „1. Der von der Firma H. Schenk GmbH, Elz mit Schreiben vom 31.10.2008 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Anlage 1,3 und 4) wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.
2. Für den in der Anlage 2 dargestellten Plangeltungsbereich mit den Flurstücken Flur 6 Nr. 131/11, 90/4 und 131/15 teilweise in der Gemarkung Gießen (Stand Januar 2009) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eingeleitet.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 3a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlegung und die Behördenbeteiligung ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Der Bebauungsplan wird durch **Stadtrat Rausch** erläutert.

**Beratungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt (Ja: 4 CDU/SPD/GR/LINKE; StE: 1 CDU).

- 6. Aufstellung des Bebauungsplans SCH 08/01 "Erweiterung Bieber"; STV/2176/2008**  
**hier: 1. Entwurfsbeschluss**  
**2. Durchführung der Offenlegung**  
**- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 -**
- 

**Antrag:**

- „1. Der Bebauungsplan Nr. SCH 08/01 „Erweiterung Bieber“ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan, den textlichen Festsetzungen und der Begründung sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplanentwurf integrierten Bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung werden als Entwurf beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

**Stadtrat Rausch** erläutert die vorliegende Magistratsvorlage.

Fragen der Stv. Janitzki und Scherer werden von Stadtrat Rausch beantwortet.

**Beratungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

- 7. Aufstellung des Bebauungsplans GI 03/11 STV/2177/2008**  
**"Professoreneck-Mitte";**  
**hier: Satzungsbeschluss**  
**- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 -**
- 

**Antrag:**

- „1. Die von den Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden im Rahmen der Entwurfs-offenlegung nach den § 3 Abs 2 und § 4 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß § 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft und werden mit dem in der Anlage 1 dargestellten Ergebnis beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. GI 03/11 „Professoreneck-Mitte“ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan, den textlichen Festsetzungen und der Begründung sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplanentwurf integrierten bauordnungsrechtlichen Gestaltungsvorschriften nach § 81 Hessische Bauordnung werden als Satzung beschlossen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss zum Bebauungsplan ortsüblich bekanntzumachen (§10 Abs. 3 BauGB).“



An der kurzen Diskussion beteiligen sich Stv. Janitzki und Stadtrat Rausch.

**Beratungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

8. **Bebauungsplan GI 03/12 "Oberlachweg";** **STV/2181/2009**  
**hier: Einleitungsbeschluss**  
**- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 -**
- 

**Antrag:**

„1. Für den in der Anlage 2 dargestellten Plangeltungsbereich mit den Flurstücken Flur 6 Nr. 6/5 bis 11, Nr. 131/6, Nr. 131/9 bis 12, Nr. 131/6, Nr. 128/2, Nr. 118/4, Nr. 4/9 bis 12 und Nr. 5/5 in der Gemarkung Gießen (Stand Januar 2009) wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB eingeleitet.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

**Stadtrat Rausch** gibt zu Protokoll, dass die Bezifferung des Bebauungsplanes geändert werden müsse. Die richtige Bezeichnung lautet: „Bebauungsplan WI 06/10 Oberlachweg“.

Der vorliegende Bebauungsplan wird kurz von **Stadtrat Rausch** erläutert. Fragen der Stv. Janitzki und Janzen werden von Stadtrat Rausch beantwortet.

**Beratungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

9. **Zweite Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung** **STV/2180/2009**  
**- Antrag des Magistrats vom 07.01.2009 -**
- 

**Antrag:**

„Der Satzungsentwurf aus Anlage 1 wird als Satzung beschlossen.“

**Beratungsergebnis:** Keine Abstimmung - verwiesen an den HFWR-Ausschuss.

10. **Kombinierter Fuß- und Radweg entlang des US-Depots an** **STV/2193/2009**  
**der Rödgener Straße**  
**- Antrag der FW-Fraktion vom 08.01.2009 -**
- 

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob nicht entlang des ehem. US-Depots an der Rödgener Straße der ehemals vorhandene schmale Fußweg zu einem Rad- und Fußweg ausgebaut werden kann. In einem weiteren Schritt könnte der Fuß- und Radweg dann zwischen Rudolf-Diesel-Straße und Heyerweg verlängert werden. Angestrebt werden sollte eine Verbindung mit dem geplanten Radweg Philosophenstraße - US-Depot/Gewerbegebiet Ursulum.“

**Stv. Zippel** begründet den vorliegenden Antrag.

**Stadtrat Rausch erklärt folgendes** (auf Antrag des Stv. Zippel wörtlich protokolliert): *„Zur Information an den Ausschuss, ich habe einen solchen kombinierten Fuß-/Radweg bereits angeordnet. Er wird seit Herbst 2008 nicht nur geplant, sondern es ist mit einigen Maßnahmen schon begonnen worden, ab der Pizza Mouse bis zum Bahnübergang, an dem entsprechenden Weg entlang, der früher Trampelpfad war, ein bisschen zugewachsen ist, teilweise auch viele Ecken und Winkel hat. Dort hat man bereits begonnen und der wird im Frühjahr dieses Jahres sicher auch fertig gestellt werden, allein um nachher eine ordentliche Fußwegebeziehung entsprechend entlang der Dullessiedlung zu haben. Aber auch zum Weg der SPD-Parteizentrale ist der Fußweg, da gab es nämlich auch schon mal einen Antrag, unabhängig davon, dort einen anständigen Fußweg zu haben - an dieser Strecke - und da wird schon daran gearbeitet, auch wenn man es jetzt im Winter nicht so gesehen hat, das soll aber gemacht werden. Die Linienführung ist soweit klar, es gibt halt so ein paar Übergänge, um dann entsprechende Ausbesserungsmaßnahmen zu machen. Hintergrund ist einfach, dass der Fußweg in dieser Ecke/Strecke sehr desolat war und dann entsprechend ausgebaut werden muss. Jetzt muss überall nur geguckt werden, dass man die Mindestbreite von 2,50 m herstellt.“*

**Stv. Zippel** erklärt aufgrund der Ausführungen des Stadtrates Rausch den Antrag für erledigt und zieht ihn zurück.

**Beratungsergebnis:** Zurückgezogen.

**11. Ulenspiegel - rechtzeitige Information bei erneuter Verkaufabsicht** **STV/2198/2009**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat wird gebeten, bei erneuten Aktivitäten zum Verkauf des Ulenspiegel-Ensembles rechtzeitig, d. h. vor Annoncierung, das Stadtparlament über den Zeitpunkt und die Ausschreibung zu informieren.“

**Beratungsergebnis:**

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/LINKE; StE: CDU/GR/FDP).

**12.      Berichtsantrag zu den Abfallgebühren der Stadt Gießen  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 -**

**STV/2199/2009**

---

**Antrag:**

„Die neue Abfallsatzung der Universitätsstadt Gießen trat zum 1. Juli 2008 in Kraft. Ihre Ziele waren, u. a. die Reduzierung des Restmülls und Mehreinnahmen (Zitat aus der Begründung der Satzungsänderung: ‚Bereits für 2008 fehlen ca. 500 000 €, ..‘) zu erreichen.

1. Bitte berichten Sie, ob und wie die Ziele der geänderten Satzung und ob Ihre Prognose der Abfallgebühren 2008 erreicht worden sind.
2. Wie hoch war die Menge an Restmüll, die a) im ersten Halbjahr 2008 und b) im zweiten Halbjahr 2008 angefallen ist?
3. Wie hoch waren die Einnahmen durch die Abfallgebühren a) für das erste Halbjahr 2008 und b) für das zweite Halbjahr 2008?
4. Bitte geben Sie eine Übersicht der im 2. Halbjahr 2008 erzielten Abfallgebühren - aufgeschlüsselt nach den einzelnen Behältergrößen und Leerungsrythmen - im Vergleich zu der Prognose der Abfallgebühren für das 2. Halbjahr 2008, die Sie mit Beantwortung der Anfrage 1784/08 vorgelegt hatten.
5. a) Wie viele der größere Biotonnen (240 l) bleiben, und b) wie viele Anträge auf kleinere Biotonne (120 l) ab 1.7.08 wurden gestellt?
6. Wie hoch war die Menge an Bio-Abfall a) im ersten Halbjahr und b) wie hoch im zweiten Halbjahr 2008?
7. Wie sieht die Entwicklung der Restmüllreduzierung und der gezahlten Abfallgebühren bei den größeren Wohneinheiten (ab ca.30 Bewohner) im Vergleich des ersten mit dem zweiten Halbjahr 2008 aus?
8. Bitte berichten Sie über den Stand der Auseinandersetzung mit dem Landkreis Gießen hinsichtlich der Abrechnungen der Abfallgebühren und Nachforderungen?“

**Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, erklärt, dass der Antrag in der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses beraten und beschlossen werden solle.

**Beratungsergebnis:** Keine Abstimmung - verwiesen an den HFWR-Ausschuss.

**13.      Berichtsantrag zum neuen Rathaus  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 -**

**STV/2201/2009**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge zu den folgenden Fragen berichten:

1. Welche Teile der Stadtverwaltung werden Platz im neuen Rathaus finden?
2. Welche Teile der Stadtverwaltung werden keinen Platz im neuen Rathaus haben

und wo werden sie zu finden sein?

3. Wie viele Räume und wie viel Quadratmeter hatte die Polizeistation im alten Stadthaus?
4. Wie viele Räume und wie viel Quadratmeter hat die Polizeistation im neuen Rathaus?
5. Wie viele Räume und wie viel Quadratmeter bekommt das Polizeipräsidium bzw. -direktion im neuen Rathaus?
6. Wird der Kreistag definitiv im Sitzungssaal des neuen Rathauses tagen? Wann findet in diesem Jahr die erste Sitzung des Kreistages dort statt?"

**Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, begründet kurz den vorliegenden Antrag.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

14.      **Barrierefreie Umbaumaßnahmen an bestehenden öffentlichen Gebäuden**      **STV/2202/2009**  
**- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 09.01.2009 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, bei bestehenden öffentlichen Bauten entsprechende **barrierefreie** Umbaumaßnahmen vorzunehmen.

Als sofortige Maßnahmen könnten der Eingangsbereich im Wallenfelschen Haus, im Oberhessischen Museum umgestaltet werden.

Weiterhin sollte der Bereich der Kongresshalle und am Schiffenberg überprüft werden.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob in den Stadtteilen die öffentlichen Sitzungen der Ortsbeiräte für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.

Da weiterhin kein barrierefreier Zugang am Stadttheater besteht und eine adäquate Lösung nicht absehbar ist, wird der Magistrat **unverzüglich** gebeten, der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche Schritte er diesbezüglich einzuleiten gedenkt.

**Für die Umbaumaßnahmen im Bereich Wallenfelschen Haus und Oberhessischen Museum sollen entsprechende Mittel im Haushaltsplanentwurf 2009 eingestellt werden."**

**Vorsitzende** teilt mit, dass die Antragstellerin die Vorlage bis zur nächsten Sitzungsrunde in der Beratung und Beschlussfassung zurückstellt.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt.

## 15. Verschiedenes

---

- **Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, merkt an, dass den Fraktionen erstmals eine sogenannte „Fällliste“ vorgelegt worden sei. Dieser Liste könne man entnehmen, dass in diesem Jahr 50 Bäume gefällt werden sollen. Sie äußert sich kritisch zu diesen Fällungen und ist der Ansicht, dass seit Abschaffung der Baumschutzsatzung viel zu viele Bäume gefällt wurden.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** entgegnet, dass es sich bei den zu fällenden Bäumen um kranke Bäume handelt, die aufgrund von Sicherheitsfragen gefällt werden müssen. Außerdem werden im Jahr etwa 150 Bäume neu gepflanzt, so dass per Saldo jährlich mehr gepflanzt werden, als Bäume gefällt werden. Mit der jetzt vorliegenden Fällliste habe man lediglich mehr Transparenz geschaffen, die ja in der Vergangenheit oft gefordert wurde.

- **Stv. Janitzki**, Linke-Fraktion, merkt an, am 17.12.2008 habe er eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Regierungspräsidium gegen den Magistrat wegen Nichtbeantwortung seiner Fragen zu den Baukosten eingereicht und ihm sei eine zügige Beantwortung bis Mitte Januar zugesagt worden. Auf Nachfrage beim RP sei ihm nun mitgeteilt worden, dass der Magistrat noch keine Stellungnahme vorgelegt habe. Er fragt, wann der Magistrat dem Regierungspräsidium antworten werde.

**Stadtrat Rausch** entgegnet (auf Antrag des Stv. Janitzki wörtlich protokolliert): „Wenn wir soweit sind.“

- **Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Projekt „Kino am Berliner Platz“ und wann die Informationsveranstaltung für die Bürger stattfinden werde.

**Stadtrat Rausch** entgegnet, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen und die Veranstaltung könne erst dann stattfinden, wenn das Projekt vertraglich abgeschlossen ist.

- **Stv. Bellof**, SPD-Fraktion, fragt, ob die Wertigkeit der Straße zum Gießener Anzeiger hin eine andere Wertigkeit besitze als die Straße Treiser Weg. Denn ihm sei aufgefallen, dass das bei Glatteis eingesetzte Streufahrzeug der Stadt Gießen, den Treiser Weg nicht komplett gestreut habe, während besagte Straße zum Gießener Anzeiger hin komplett gestreut wurde. Er bittet um Klärung.
- **Vorsitzende** teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am Dienstag, **10.03.2009**, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DIE VORSITZENDE:**

(gez.) K ü s t e r

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) A l l a m o d e